

Online Ausgabe

NZZ

8021 Zürich

044/ 258 11 11

www.nzz.ch

Medienart: Internet

Medientyp: Tages- und Wochenpresse

UUpM: 790'000

Page Visits: 9'660'570

Themen-Nr.: 385.10

Abo-Nr.: 1093257

Vor 18 Minuten Verkehrsprobleme in der Stadt Luzern

Luzerner Metro muss einige Hindernisse überwinden

Schweiz Vor 18 Minuten

Mit einer 400 Millionen Franken teuren U-Bahn wollen private Initianten die Luzerner Innenstadt von Bussen und Autos entlasten. Die Behörden sind interessiert, stellen aber Fragen zur Verkehrsplanung und zur Finanzierung.

Erich Aschwanden, Luzern

Böse Zungen bezeichnen ihn als «Chinesen-Hub» – den Schwanenplatz mitten in der Stadt Luzern. Gemäss neusten Verkehrszählungen laden hier pro Tag durchschnittlich 275 Reisebusse Touristen ein und aus, die dann bei Bucherer oder Gübelin teure Uhren kaufen oder in die pittoreske Altstadt strömen. Nirgends sonst in der Innenstadt werden die notorischen Probleme mit dem Verkehr augenfälliger als an diesem Knotenpunkt, wo private Sicherheitsleute den Verkehr regeln müssen, damit sich das Car-Chaos wenigstens einigermaßen in Grenzen hält.

Rein private Finanzierung

Mit einer bestechend klingenden Idee wollen private Initianten den Schwanenplatz und die gesamte Luzerner City vom Bus- und Privatverkehr entlasten. In der westlichen Agglomeration, auf der Reussegg, wo die Autobahnen 2 und 14 zusammenkommen, soll eine Park-and-ride-Anlage für 3500 Autos und 80 Reisebusse erstellt werden. Von dort aus bringt eine zweispurige Metro die Passagiere unterirdisch zum rund zwei Kilometer entfernten Schwanenplatz. Die Fahrt ins Herz der Stadt soll nur knapp drei Minuten dauern. Kosten soll das ambitionierte Projekt die öffentliche Hand keinen Rappen. Die für den Bau der U-Bahn notwendigen 400 Millionen Franken sollen ausschliesslich private Investoren aufbringen. Frühestens kann die Metro 2018 in Betrieb genommen werden.

Hauptpromotoren der Idee sind der Immobilienverwalter Franz Zihlmann und der Bauplaner Michael Sigrist. Seit der Präsentation einer Machbarkeitsstudie Mitte Juni haben sie kräftig um die Unterstützung bei Vertretern von Wirtschaft und Politik geworben. Für einen Beirat konnten sie Exponenten von Banken, Tourismusbetrieben und Parteien von SVP bis SP gewinnen.

Mittels politischer Vorstösse wurden auch das Stadtparlament und der Luzerner Kantonsrat dazu aufgefordert, sich zu den Plänen zu äussern. Denn am meisten Überzeugungsarbeit gilt es noch bei den Behörden zu leisten. «Ohne ihre Rückendeckung lässt sich unsere Lösung für dieses akute Problem nicht umsetzen», ist sich Sigrist denn auch bewusst.

Am Donnerstag hat ein runder Tisch mit Vertretern der Stadt Luzern, der Gemeinden Ebikon und Emmen, des Kantons Luzern sowie den Initianten stattgefunden. Diese Diskussion hat klargemacht, dass die Signale für die Metro Luzern gegenwärtig noch nicht auf Grün stehen.

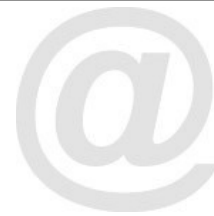
Angst vor Mehrverkehr

Der Luzerner Stadtrat Adrian Borgula, verantwortlich für Umwelt, Verkehr und Sicherheit, steht Vorhaben, die mithelfen können, die Verkehrsprobleme in der Stadt Luzern zu lösen, grundsätzlich positiv gegenüber. Ob dies beim vorliegenden Projekt der Fall ist, könne noch nicht beurteilt werden, weil wichtige Entscheidungsgrundlagen fehlen. So weist er darauf hin, dass die Verkehrsinfrastruktur im Raum des geplanten Parkhauses bereits heute nahe an der Kapazitätsgrenze ist. Die Initianten müssen daher bis Ende Jahr aufzeigen, dass die neue U-Bahn weder in der Agglomeration noch in der Stadt zu Mehrverkehr führt.

Offene Fragen gibt es auch hinsichtlich der Wirtschaftlichkeit, die sich über die Bezahlung der Parkplätze

Datum: 13.09.2013

Neue Zürcher Zeitung



Online Ausgabe

NZZ
8021 Zürich
044/ 258 11 11
www.nzz.ch

Medienart: Internet
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
UUpM: 790'000
Page Visits: 9'660'570

[Online lesen](#)

Themen-Nr.: 385.10
Abo-Nr.: 1093257

ergeben soll. «Sind die Autofahrer bereit, ausserhalb der Stadt zu parkieren, wenn sie innert weniger Minuten ein Parkhaus in der Stadt erreichen?», will Borgula wissen. Von der Beantwortung dieser Fragen wird es abhängen, ob die Planungen weitergeführt werden.